Wilfried Kalk
Die Anfänge der Kieler Metallarbeiterbewegung

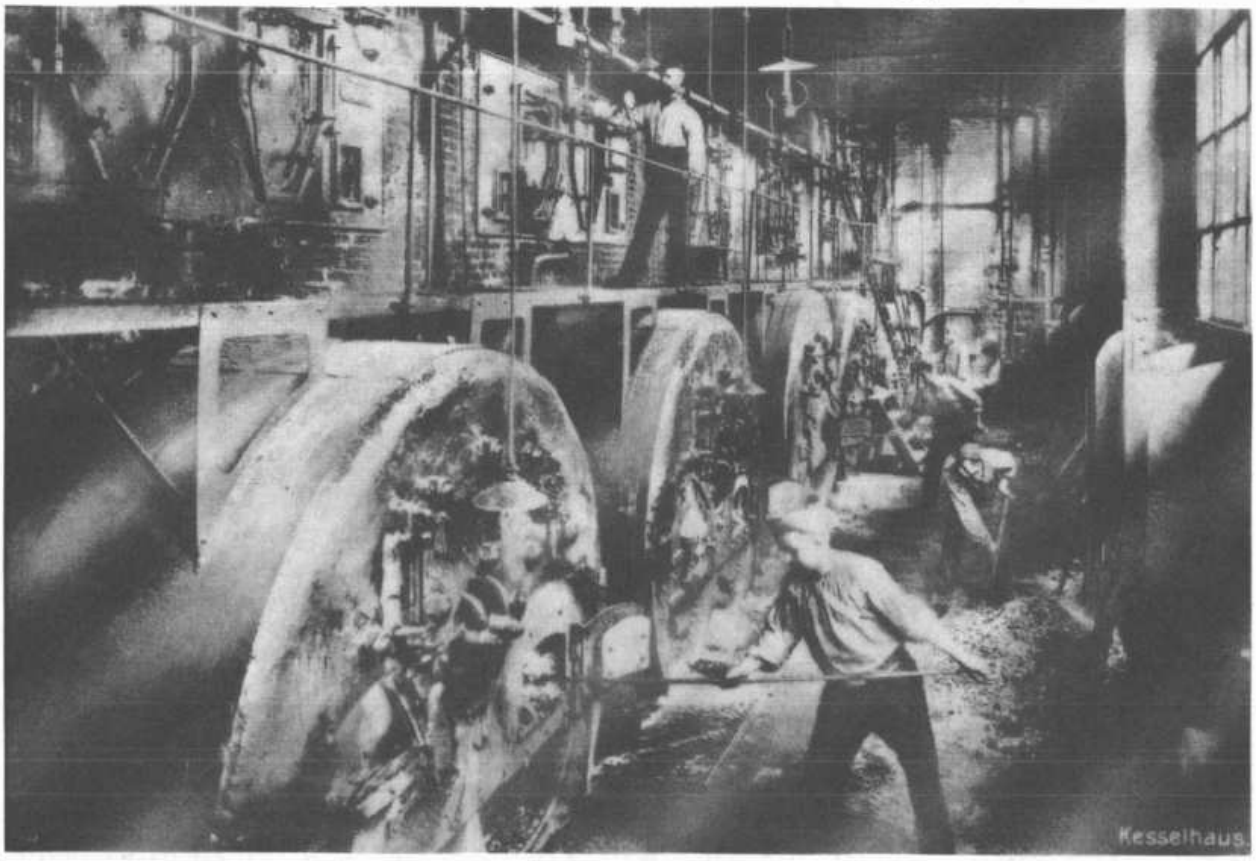
1869 legten 19 Kieler Metallarbeiter – als erste Werftarbeiter – den Grundstein zum Aufbau einer Gewerkschaft: Sie schlossen sich in einer Gewerksgenossenschaft zusammen. Kämpfe um Lohnerhöhungen, die Dauer der Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen wollten sie gemeinsam ausfechten – im äußersten Fall durch Streiks.

Zwei Faktoren, ein wirtschaftlich-technischer und ein politisch-militärischer, entzündeten in diesem Jahr in Kiel eine Bevölkerungsexplosion. 1871 lebten etwa 32 000 Menschen in der Stadt, diese Zahl verdoppelte sich bis 1890 und verdreifachte sich bis zur Jahrhundertwende.

Rüdiger Wenzel umreißt den wirtschaftlich-technischen Faktor so:

„Er war der Übergang des Schiffbaus vom Holz- zum Eisenschiff und die Umstellung der Antriebsart vom Segel zur Dampfmaschine. Im Gegensatz zum handwerklich betriebenen Holzschiffbau, der nur kleine am Wasser gelegene Zimmererplätze erforderte, benötigte der Eisenschiffbau weitaus größere, industriell organisierte Werften, die aufgrund der Komplexität des zu verarbeitenden Materials über einen größeren Stamm ganzjährig beschäftigter Facharbeiter, Beamter und Ingenieure verfügen mußten. Die Voraussetzungen zur Grundlage einer Werftindustrie waren in Kiel verhältnismäßig günstig, da ein ausgezeichnet geschützter Hafen mit ausreichenden Tiefenverhältnissen vorhanden war. Zudem bestand schon ein großer eisenverarbeitender Industriebetrieb, der den lokalen Bedarf an Dampf- und Landmaschinen, industriellen Anlagen und Haushaltswaren produzierte. Aus diesem Betrieb, der 1838 gegründeten Maschi-

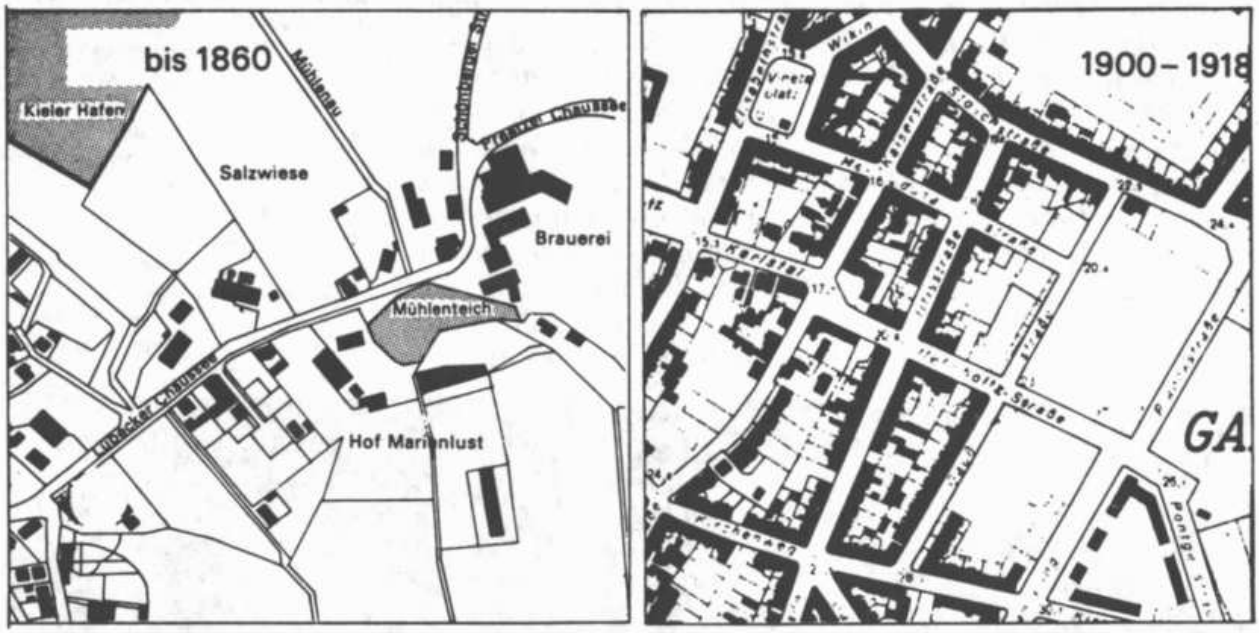
Das Kesselhaus der Howaldt-Werft in Kiel um 1900. In diesen Kesseln wurde der Dampf erzeugt, der die Antriebskraft für Maschinen vielfältiger Art lieferte. Solche Kessel konnten nur in Großbetrieben hergestellt werden. Einer der wichtigsten Standorte einer solchen Industrie in Schleswig-Holstein war Kiel, das 1860 noch als Kleinstadt galt. Im Zuge der Ernennung zum Reichskriegshafen siedelten sich hier große Werften an. Kiel entwickelte sich rasch zu einer Industriestadt – und zu einem wichtigen Zentrum der Arbeiterbewegung. – RS (Foto: Stadtarchiv Kiel)



nenbauanstalt und Eisengießerei Schweffel und Howaldt, ging die erste Kieler Werft hervor, die ausschließlich Eisenschiffbau betrieb."[1]

Den zweiten Faktor bildet ein folgenschweres Ereignis: Am 24. März 1865 ordnete der preußische König durch eine Kabinettsorder die Verlegung der Marinestation der Ostsee von Danzig nach Kiel an. Mit nur wenigen anderen Städten teilt Kiel das schicksalsschwere Privileg, in einer Verfassungsurkunde namentlich erwähnt zu werden. In Absatz 2 des Artikels 52 der Verfassung des deutschen Reiches von 1871 heißt es: *„Der Kieler Hafen und der Jadehafen* (Wilhelmshaven, d. Verf.) *sind Reichskriegshäfen.*"

Als Kiel 1871 Reichskriegshafen wurde, erhielt die bis dahin relativ unbedeutende Kieler Wirtschaft einen Impuls, der der Stadt den Durchbruch zur Industrialisierung verschaffte. Das trifft insbesondere auf die Betriebe zu, denen eine unmittelbare Bedeutung für den Ausbau der Marine zukam.



Die explosionsartig anschwellende Bevölkerung von Kiel wird an diesem Stadtplan von Kiel-Gaarden, einem Viertel, das um die großen Werften gebaut wurde, deutlich. Wohnten um 1850 noch in Kiel ca. 15 000 Einwohner, stieg ihre Zahl um 1885 bereits auf 50 000 an. Um 1900 betrug sie bereits über 100 000. Das hier abgebildete Gaarden galt 1860 noch als ein reines Bauerndorf. 40 Jahre später war aus der ehemaligen Idylle ein dichtbesiedeltes Arbeiterwohngebiet durch Bebauung mit Mietskasernen geworden. – RS (Foto: entnommen aus: Kieler Stadt- und Schiffahrtsmuseum, „Stadtteilgeschichte erleben").

Vier Betriebe entwickelten sich in diesen Jahren zu beachtlicher Größe: Die Howaldtswerke, die Germania-Werft, die Kaiserliche Werft und die Kaiserliche Torpedowerkstatt. Um 1900 hatten die Howaldtswerke und die Germania-Werft jeweils 2500 Beschäftigte, die Kaiserliche Werft 6200.

Die größte, die Kaiserliche Werft, war nur für Marineaufträge errichtet und die sich zur größten Kieler Privatwerft entwickelnde Germania-Werft in erster Linie zum Zweck des Kriegsschiffsbaus 1902 von Krupp erworben worden.

„Die rasende Entwicklung des Industrialismus nach dem siegreichen Kriege von 1870/71, auf der anderen Seite dagegen die immer schlechter werdende Lebenslage der Arbeiter entfachte notwendigerweise im ganzen Reiche eine starke Streikbewegung. Auch in Kiel kam es zu wirtschaftlichen Kämpfen. Die Arbeiter der Norddeutschen Werft (seit 1882: Germania-Werft, d. Verf.) *in Kiel legten am 26. September 1871 die Arbeit nieder. Sie forderten Zurückziehung einer rigorosen Arbeitsordnung,*

[1] Rüdiger Wenzel: Bevölkerung, Wirtschaft und Politik im kaiserlichen Kiel zwischen 1870 und 1914. Kiel 1978. S. 147 f.

die ihnen von der Werftsdirektion aufgezwungen werden sollte und eine Lohnerhöhung von 20 %. Nach dreiwöchigem Streik wurde die Arbeitsordnung zurückgezogen und die Lohnforderung, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise, erfüllt. Im März 1872 legten 900 bis 1000 Maurer und Zimmerer in Kiel die Arbeit nieder. Sie forderten zehnstündige Arbeitszeit und drei Silbergroschen Lohnerhöhung. Nach einigen Wochen Streik hatten sie ihre Forderung durchgesetzt. Die Schuhmacher, die Klempner und die Zigarrenarbeiter kämpften in Streiks um bessere Lohnverhältnisse und hatten teilweise Erfolg."[2]

Zeitgenössische Aufzeichnungen belegen deutlich, daß es bereits Mitte der 1870er Jahre eine etablierte Gewerkschaftsbewegung in Kiel gab.

„Im Jahre 1875 wurde von ungefähr 200 Kollegen der Schlosserbranche die Metallarbeiter-Gewerkgenossenschaft gegründet. Als Gewerkschaftsorgan hielten die Kollegen den ‚Pionier'. Ihre hauptsächlichsten Mitglieder rekrutierten sich aus der Norddeutschen und Kaiserlichen Werft. Als führende Kollegen sind Endulat, Vorsitzender Kuhnke, Waibel, Feilisch und Bulowsky hervorgetreten. Es kam 1875 zu einem Streik der Schiffszimmerer auf der Werft von Conradi u. Ihms auf dem Gelände des heutigen ‚Seegartens', diesen Streik versuchte die Firma durch Hinzuziehung von Schweden als Streikbrecher unter der Führung von Obermeister Conradi zu brechen und es gelang auch. Dieser Streik war der Hauptgrund für die Schlosser, sich in einer Organisation zusammenzutun, die gewillt war, den Kampf um eine bessere Lebensexistenz aufzunehmen und gegen die sich immer mehr erdreistenden Unternehmer eine Abwehrorganisation zu schaffen."[3]

Der junge Schlosser Albert Waibel, der 1875 nach Kiel kam, gibt einen Hinweis auf den damaligen Organisationsgrad:

„Im Winter von 1875 auf 76 wurde hier auch eine Filiale der Metallarbeitergenossenschaft gegründet, die sich nach damaligen Verhältnissen gut entwickelte. Denn als ich im Frühjahr 1877 wieder nach Kiel kam und auf der Germania-Werft, damals noch Norddeutsche Werft, anfing, war dort die ganze Schlosserei, mit Ausnahme ganz alter Arbeiter in der Metallarbeitergewerkschaft organisiert."[4]

Seine folgende Aussage belegt die enge Zusammenarbeit und Verbindung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie:

„Ich bin der festen Überzeugung, daß es hier damals keinen freigewerkschaftlich Organisierten gab, der nicht Abonnent der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung (die Parteizeitung) *war.*"[5]

Am 21. Oktober 1878 wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (Sozialistengesetz) erlassen. Alle zentralen Gewerkschaften, mit Ausnahme des Buchdruckerverbandes, fielen dem Sozialistengesetz zum Opfer – auch ihre örtlichen Zweigstellen. Eine am 9. Juli 1878 bei der Regierung in Schleswig von der Kieler Polizeibehörde eingereichte Liste verzeichnet Kieler Mitgliedschaften folgender verdächtiger gewerkschaftlicher Zentralorganisationen: Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft, Bund der Tisch-

[2] Wilhelm Brecour: Die sozialdemokratische Partei in Kiel. In: Zur Geschichte der Kieler Arbeiterbewegung. Kiel 1983. S. I–16f.

[3] Friedrich Wendel: Die Geschichte der Kieler Gewerkschaften. Kiel 1950 (Ms.). S. 39. Er zitiert Aufzeichnungen eines unbekannten Kieler Arbeiters, die er in alten Familienpapieren fand.

[4] Albert Waibel: Die Kieler Parteiorganisation vor und während dem Ausnahmegesetz. In: LAS, Abt. 384 Nr. 65. S. 1.

[5] Ebenda, S. 2.

ler und verwandten Berufsgenossen, Verband deutscher Tapezierer und Fachgenossen, Verein deutscher Arbeitsleute, Deutscher Stellmacherverein, Deutsches Zimmerer-Gewerk. Alle wurden aufgrund des Sozialistengesetzes verboten.

Drastisch engte der preußische Minister von Puttkamer am 11. April 1886 den Aktionsraum der Arbeiterbewegung durch einen Streikerlaß zusätzlich ein: Er forderte die Polizeibehörden auf, überall gegen Streikende vorzugehen, die Arbeitswilligen zu schützen und das Streikpostenstehen durch polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung zu unterbinden.

Wilhelm Brecour (1866–1940) – der spätere Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" – zog 1888 nach Kiel: Er arbeitete zunächst in mehreren Kleinbetrieben, dann auf der Kaiserlichen Werft. Er blickt zurück:

„Rigoros ging die Polizei gegen Streikende vor. Im Frühjahr 1888 brachen zu ziemlich gleicher Zeit in Kiel zwei Streikbewegungen aus. In Dietrichsdorf legten die Arbeiter der jetzt Howaldtschen Schiffswerft die Arbeit nieder... Er richtete sich gegen ungerechte Lohnberechnungen und hatte weiter zum Ziel, die 1½stündige Mittagspause, die früher schon einmal auf der Werft bestanden hatte, dann aber verkürzt worden war. Den Streikenden wurde jeder Verkehr auf den von der Dampferbrücke zum Betrieb führenden Straßen verboten. Jede Möglichkeit, die Arbeitswilligen über die Ursachen des Streiks aufzuklären oder mit ihnen in Verbindung zu kommen, wurde den Streikenden durch die Polizei unterbunden. Als nach siebenwöchiger Dauer der Streik erfolglos aufgehoben werden mußte, weil es der Firma gelungen war, unter weitgehendster polizeilicher Mithilfe, eine ausreichende Anzahl von Streikbrechern aus Stettin heranzuziehen, wurden viele Streikende gemaßregelt. Für viele der Streikenden hagelte es auch polizeiliche Geldstrafen, weil sie ohne Genehmigung des Oberpräsidenten eine öffentliche Kollekte veranstaltet hatten. Sie hatten auf Sammellisten Unterstützungen für die Streikenden gesammelt. Vier Streikende erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Tagen, weil sie Streikbrecher beleidigt haben sollten. Der Vorsitzende des Schiffbauervereins, der Eisendreher Ernst Cappel, wurde von der Polizei wieder aus der Arbeit herausgerissen, nachdem er von Dietrichsdorf nach Kiel übergesiedelt und dort wieder Arbeit gefunden hatte. Die Kieler Polizei stellte den Unternehmer vor die Alternative, entweder den gefährlichen Menschen zu entlassen oder auf städtische und Arbeiten auf der Kaiserlichen Werft zu verzichten."[6]

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 waren im Kieler Raum u. a. wieder offensichtlich aktiv: Der Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer (Vorsitzender Rudolf Wissell), der Fachverein der Klempner (H. Friemann), der Zentralverein der Werftarbeiter (Th. Oldewelt), der Schmiedeverband (H. Brägas), der Unterstützungsverein der Former (Wilhelm Poller) und der Zentralverband der Feilenhauer (Christian Sturm).

Der Gründungskongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) tagte vom 1. bis 6. Juni 1891 im Meriansaal in

[6] Wilhelm Brecour, S. I–48 f.

Frankfurt am Main. Ende 1890 hatte sich die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" unter dem Vorsitz des späteren sozialdemokratischen Kieler Reichstagsabgeordneten Carl Legien gebildet.

Die Kieler Gewerkschaften schlossen sich 1891 zu einer Streikkontrollkommission zusammen, die 2 Jahre später zu einem Gewerkschaftskartell umgewandelt wurde.

Der Frankfurter Kongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1891 hatte mit seiner Entscheidung für die Industrieorganisation die Entwicklung der nächsten Jahre vorweggenommen. Doch nicht alle Verbände – so auch in Kiel – waren sofort bereit, diesen Weg mit zu gehen. Zusätzliche Erfahrungen und die Überwindung der – durch die sozialistischen Verfolgung während 12 Jahren geförderten – Bedenken gegen große, öffentlich auftretende Organisationen ließen nur allmählich die Verwirklichung des in Frankfurt proklamierten Prinzips zu.

Feilenhauer, Klempner und Schlosser und fast alle örtlichen Metallarbeitervereine erklärten spontan ihren Anschluß an den DMV. Der Verband der Mechaniker schloß sich am 15. September 1891 dem DMV an, am 1. Juli 1892 folgte der Verband der Schlosser und Maschinenbauer, 1901 der Zentralverein der Former und Gießereiarbeiter, der sich Ende 1891 in Hamburg konstituiert hatte, 1905 ein Teil des Werftarbeiter-Verbandes, 1907 der Verband der Graveure und Zieseleure und 1912 schließlich als Letzter vor dem 1. Weltkrieg der Verband deutscher Schmiede.

Der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Kiel und Umgebung, Gustav Garbe, stellt im ersten gedruckten Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Kiel fest:

„Wie in allen Städten Deutschlands, so hat sich auch in Kiel der Übertritt in geordneter Weise vollzogen. Von dem am Schlusse des 3. Quartals zahlenden Mitgliedern (636) sind 614 zu unserer Verwaltungsstelle übergetreten. Die Branche der Schmiede zählt somit in Kiel am 1. Januar 1913 1140 Mitglieder."[7]

[7] Geschäftsbericht für das Jahr 1912. Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Kiel und Umgebung. S. 44.

Vorwort aus dem ersten Geschäftsbericht der Gewerkschaften in Kiel 1912.

Zum ersten Male nehmen wir Veranlassung, einen gedruckten Jahresbericht unserer Mitgliedschaft zur Verfügung zu stellen. Wenn wir bisher darauf verzichtet haben, den Bericht drucken zu lassen, so deshalb, weil wir die Lokalkasse nicht unnötig schwächen wollten. Bei der Größe unserer Organisation kommen wir aber nicht mehr ohne einen gedruckten Bericht aus. Den Verkaufspreis haben wir auf 10 Pfg. festgesetzt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Inhalt des Berichtes dazu beiträgt, die Arbeitsfreudigkeit für den Verband und die Kieler Verwaltungsstelle noch mehr zu erwecken wie bisher. Daß diese Arbeitsfreudigkeit notwendig ist, beweisen uns die Bestrebungen der gesamten Gegnerschaft. Sowohl die Kraut- als auch die Schlotjunker setzen dem Aufstieg des Proletariats aus Not und Elend zu den Höhen der Kultur den heftigsten Widerstand entgegen. Sie betrachten die erwerbstätigen Schichten als Mittel zum Zweck der Förderung ihrer Profitinteressen und versuchen mit allem Nachdruck, sich dieselben als willige und billige Ausbeutungsobjekte zu erhalten.

Das am 5. Mai 1893 gegründete Kieler Gewerkschaftskartell hatte in diesem Jahr 2900 Mitglieder zu betreuen. 20 Gewerkschaften hatten sich darin zusammengeschlossen, um den Lohnkampf zu koordinieren. Die Beziehungen zur SPD waren eng. Gemeinsam mit der SPD organisierte das Gewerkschaftskartell die Maifeiern, die zunächst nur abends stattfinden konnten, und die Durchführung von Wahlrechtsdemonstrationen. Das Kartell bemühte sich ebenfalls um den Ausbau des Arbeiterbildungswesens und die Überwachung der Arbeitsbedingungen: Es nahm Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz zum Teil fotografisch auf und brachte sie zur Anzeige.

Nach 1890 hatten die Gewerkschaften einen stetigen Mitgliederzuwachs erlebt, der sich ähnlich schnell entwickelte wie die Zuwanderung von Industriearbeitern nach Kiel. Da nicht alle zugewanderten Arbeiter sofort eine Beschäftigung finden konnten, erhofften sie sich Unterstützung durch das Gewerkschaftskartell. Wegen einer wirtschaftlichen Depression war der Beschäftigungsgrad auch auf den Werften Mitte und Ende der 90iger Jahre nicht zufriedenstellend. Arbeitslosenunterstützung gewährte der monarchistische Staat überhaupt nicht. Wenig Erfolg hatte das Kieler Gewerkschaftskartell mit seinen Bemühungen, den Magistrat zur Einrichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung zu bewegen: Aus prinzipiellen Gründen lehnte er ab, und die Arbeitslosen blieben daher weiter von den Unterstützungszahlungen ihrer Gewerkschaften oder auf die öffentliche Armenpflege angewiesen. Durchschnittlich zahlten die Kieler Gewerkschaften nach 52 Beitragswochen für ca. 8 Wochen pro Tag zwischen 0,50 M bis 1,50 M Unterstützung, Frauen erhielten die Hälfte.[8]

1901 wurde in Kiel ein Arbeitersekretariat gegründet. Es diente den Beschäftigten als kostenlose Rechtsauskunftsstelle. Die Informationen erstreckten sich über den Arbeitsschutz, rechtliche Möglichkeiten bei Lohndifferenzen, das Miet- und Familienrecht bis hin zum Strafrecht. Neben diesem praktischen Zweck verfolgte das Gewerkschaftskartell mit der Einrichtung des Arbeitersekretariats auch ein politisches Ziel: Auskünfte erhielten nicht nur organisierte Arbeitnehmer, sondern auch unorganisierte, die dadurch an die Arbeiterbewegung herangeführt wurden.

Das Arbeitersekretariat verhalf durch seine Beratertätigkeit der Kieler Gewerkschaftsbewegung zu weiterer Popularität: Auf der Germania-Werft waren 1906 88 % der Arbeitnehmer organisiert, auf den Howaldtswerken 50 % und bei der Kaiserlichen Werft 45 % (1908).[9]

In aller Schärfe publizierte das Sekretariat Fälle, in denen es eine Ächtung des „Arbeiterstandes" erblickte: So z. B. gegen die „SCHWARZE LISTE" der Kaiserlichen Werft aus dem Jahre 1902, in der als zu entlassende Arbeiter als frech, faul, oft krank, niederträchtig und als Blinde, Bummellanten, Trinker und Aufwiegler bezeichnet wurden. Bei der Erstellung von „schwarzen Listen" war das preußische Kriegsministerium vorangegangen durch Erlaß eines entsprechenden Dekrets.

[8] Rüdiger Wenzel, a. a. O. S. 64.

[9] Bo Stråht: Die Arbeiterbewegung in Kiel und Bremen. Bedingungen für das Entstehen verschiedener politischer Traditionen. In: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. R. Paetau und H. Rüdel. Neumünster 1987. S. 303.

„Die Direktoren sämtlicher militärischen Fabriken sind angewiesen worden, an diejenigen Privatfabriken, welche für sie mit der Herstellung von Fabrikaten usw. beauftragt sind, nach vorhergegangener Vereinbarung eine Liste derjenigen Arbeiter aller Institute zu übersenden, welche aus Anlaß der Feier des 1. Mai entlassen worden sind.

Auch in den Privatunternehmen wurden solche „Schwarzen Listen" bald üblich. Mit Entlassung drohten die Unternehmer jedem, der es wagen würde, am 1. Mai nicht zur Arbeit zu erscheinen. Und mit dem Stempel: „Entlassen am 2. Mai" im Arbeitsbuch eine Beschäftigung in einem neuen Betrieb zu finden, war für die meisten Arbeiter – auch ohne Schwarze Liste – so gut wie unmöglich. Es sei denn, sie wären ausgewandert."[10]

Die Mitgliederzahl des deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Kiel und Umgebung, nahm von 1900 bis 1912 kontinuierlich zu: 1900: 666; 1902: 1506; 1906: 4796; 1909: 5603; 1912: 8654.[11] Insgesamt hatten die Kieler Gewerkschaften 1910 18710 Mitglieder in ihren Reihen.

Das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung und die zunehmenden Aufgaben des Arbeitersekretariats ließen den Gedanken aufkommen, ein Haus für die Gewerkschafter zu bauen.

Das 1907 errichtete Gewerkschaftshaus in der Legienstr. in Kiel. (Foto von 1910)

[10] Zur Geschichte des 1. Mai. Ereignisse der geschichtlichen Entwicklung des 1. Mai dargestellt von Manfred Jenke. Köln o. J.

[11] Geschäftsbericht 1912, S. 59.

„Aber noch ein ganz besonderer Notstand machte nach Meinung der Kollegen den Bau eines Gewerkschaftshauses unumgänglich notwendig. Viele junge Kollegen gingen, wenn sie die Lehre beendet hatten, auf Wanderung, um Land und Leute kennenzulernen und sich in ihrem Beruf zu vervollständigen. Aber auch viele ältere Kollegen mußten den Tornister schnüren, weil sie wegen ihrer gewerkschaftlichen Haltung und Gesinnung Arbeit und Brot verloren hatten, von den Arbeitgebern auf die schwarzen Listen gesetzt waren und so in der Stadt ihrer Tätigkeit keine Arbeit mehr bekamen. Viele arbeitende Menschen mußten auf Wanderschaft gehen, weil sie durch die Wirtschaftskrise um die Jahrhundertwende arbeitslos geworden waren. Das Herbergswesen lag in Deutschland um diese Zeit sehr im argen... Die Fürsorge für die reisenden Arbeitsbrüder lag den Kollegen so sehr am Herzen, daß beschlossen wurde, erst mal eine Gewerkschaftsherberge zu bauen.“[12]

Weil die Gewerkschaft das für den Bau erforderliche Geld allein nicht aufbringen konnten, appellierte man an die Gebefreudigkeit der einzelnen Mitglieder: Anteilscheine im Wert von 5,– Mark sollten ausgegeben und 50-Pfennigmarken konnten dort aufgeklebt werden.

** Gewerkschaftshaus, Kiel. **

Anteilschein.

Fünf Mark.

Kiel, den 16. September 1902.

Die heutige Mitglieder-Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Kiel und Umgegend, erklärt sich mit dem Vorschlag der Gewerkschaftshaus-Kommission einverstanden. Sie verspricht, die 5000 Mk. durch Anteilscheine à 5 Mk. aufzubringen. Die eventuelle Kündigung der einzelnen Anteilscheine kann erst nach Verlauf von 5 Jahren erfolgen.

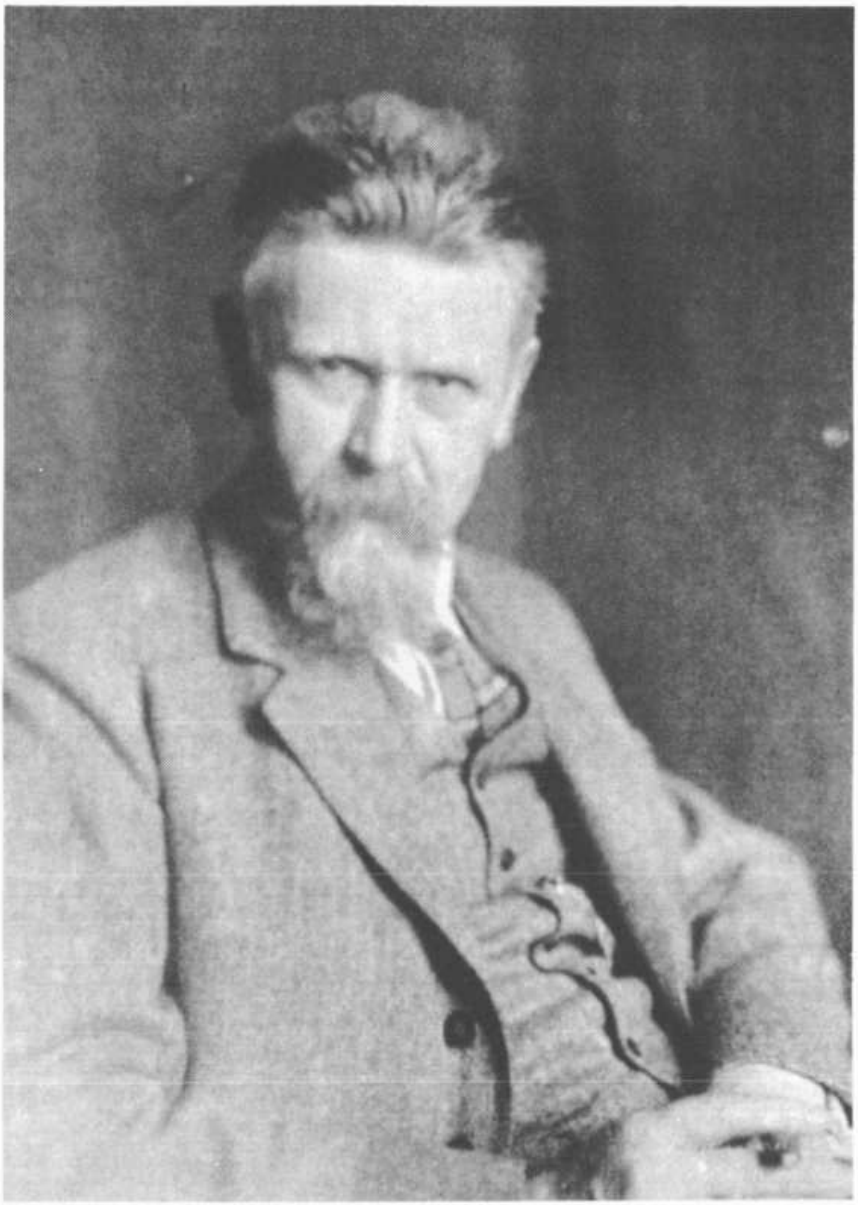
Da die Gewerkschaft das für den Bau eines Gewerkschaftshauses erforderliche Kapital nicht allein aus Mitgliederbeiträgen aufbringen konnte, gab sie zusätzlich Anteilscheine aus. Sie waren nach Angaben von Zeitgenossen sehr schnell verkauft.

Die Marken fanden reißenden Absatz, obwohl die auf den Werften Beschäftigten nur zwischen 28 und 40 Pfennig in der Stunde verdienten. Im Handwerk wurden zum Teil noch geringere Stundenlöhne gezahlt. Im Juni 1907 konnte man in das Haus (heute Legienstr. 22) einziehen. Das Arbeitersekretariat und die größten Organisationen eröffneten dort ihre Büros, ebenso der Vorstand der Kieler SPD.

Gustav Garbe (1865–1935) war von 1911 bis 1920 Vorsitzender des Kieler Gewerkschaftskartells. Neben dieser Tätigkeit hatte er auch eine zeitlang den Vorsitz des sozialdemokratischen Vereins inne: Er war Vorsitzender der Kieler SPD von März bis November 1916 – wegen Arbeitsüberlastung legte er dieses Amt nieder. Während der Revolution war er vom 5. November 1918 bis 11. Januar 1919 Vorsitzender des Arbeiterrates in Kiel.

Ein anderer bedeutender Gewerkschafter Rudolf Wissell

[12] Unser Haus 1907–1957. Festschrift aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr der Einweihung des Kieler Gewerkschaftshauses. Hrsg. DGB-Ortsausschuß Kiel. Kiel 1957. S. 12f.



Rudolf Wissell – Metallarbeiter aus Kiel und ab 1908 Leiter des Zentralsekretariats der Gewerkschaften in Berlin.

(1869–1962) war bis zum Jahr 1900 – bei der Kaiserlichen Torpedowerkstatt in Friedrichsort (um 1900 ca. 1000 Beschäftigte) und bei der Firma Bohn & Kähler – in Kiel als Maschinenbauer tätig. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde er Vorsitzender des Fachvereins der Schlosser und Maschinenbauer in Kiel. Von 1901 bis 1908 war er Arbeitersekretär in Lübeck. 1908 wurde er Leiter des Zentralsekretariats der Gewerkschaften in Berlin. 1929 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der rechts- und staatswirtschaftlichen Fakultät der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel verliehen: In diesem Jahr war sein Buch: „Des alten Handwerk Recht und Gewohnheit" erschienen. Der Gewerkschaftssekretär Friedrich Wendel beurteilt das Werk 1950 so:

„Aus dem Innungsgesellentum ist das moderne Proletariat hervorgegangen. Eine der besten Darstellungen des deutschen Handwerkertums seit seinen ersten Tagen sollte ein Kieler Metallarbeiter schreiben."[13]

Rudolf Wissell war der erste Reichswirtschaftsminister der

[13] Friedrich Wendel, S. 4.

Weimarer Republik und von 1928 bis 1930 Reichsarbeitsminister.

Die sprunghafte gesellschaftliche Weiterentwicklung Kiels Ende des neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bestand aus zwei Hauptströmungen:

Nach dem 1. und 2. Flottengesetz von 1898 und 1900 war die Stadt mit der Marine auf Gedeih und Verderb verbunden. Diese militärische Entwicklung – am Vorabend des 1. Weltkrieges war etwa 1/7 der in Kiel wohnenden Bevölkerung aktives Mitglied des Militärs (ca. 30 000) – war eine Kraft, die zunächst überwiegend das Potential des Bürgertums verstärkte.

Der schwunghafte wirtschaftliche Ausbau – insbesondere der Werftindustrie – führte zu einem Zuwachs der Stärke der Arbeiterbewegung. Die scharfe Trennlinie zwischen Obrigkeit und Bürgertum einerseits und Arbeiterbewegung andererseits förderte die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei.